

denheit und auf Vertrauen gegenüber einer Regierung beruht, die sich unfähig erwies, den Willen der Demokratie auszuführen. Die Demokratien stehen im vollen Gegensatz zu dem Geist und dem Ton der Versailles Erklärung...

Damit an der New Yorker Börse.

Auf die New Yorker Börse war der Eindruck der Kabelmeldungen über den Sonderfrieden mit Klein- und Großrußland katastrophal. Unbeschreibliche Szenen spielten sich an der New Yorker Börse ab. Alle Aktien, die überhaupt etwas mit dem Kriege zu tun hatten und alle Kriegslieferungspapiere fielen mit erschreckender Schnelligkeit.

Der russische Staatsbankrott.

Ungültigkeitserklärung aller Anleihen.

Folgendes Telegramm über die Annullierung der russischen Staatsanleihen, angenommen in der Sitzung des Zentralerekutiv-Ausschusses in Petersburg vom 3. Februar, wird veröffentlicht:

- 1. Alle Staatsanleihen, die von den Regierungen der russischen Bourgeoisie ausgenommen worden sind, werden vom 1. Dezember 1917 a. St. ab für ungültig erklärt, die Dezembercoupons nicht mehr bezahlt.
2. Ebenso werden alle Garantien ungültig, die von diesen Regierungen für Anleihen verschiedener Unternehmungen gegeben worden sind.
3. Alle ausländischen Anleihen werden bedingungslos und ohne jede Ausnahme annulliert.
4. Kurzfristige Obligationen bleiben in Kraft. Procente werden nicht bezahlt. Die Obligationen selbst gelten wie Kreditheime.
5. Minderbemittelte Bürger, die annullierte innere Anleihen bis zu 10000 Rubel besitzen, werden durch Anteile der neuen Anleihe der russischen sozialistischen föderativen Räte-Republik entschädigt.
6. Einlagen in den staatlichen Sparkassen und deren Zinsen sind unantastbar. Die im Besitze der Sparkassen befindlichen annullierten Anleihen werden auf die Schuld der Republik übernommen.
7. Ueber Entschädigung von Genossenschaften und dergleichen werden besondere Bestimmungen ausgearbeitet.
8. Die Vertung der Liquidation der Anleihen hat der Oberste Volkswirtschaftsrat.
9. Die Ausführung ist Aufgabe der Staatsbank.
10. Die Feststellung der Minderbemittelten erfolgt durch besondere Kommissionen. Diese haben das Recht, Ersparnisse in allen Betrieben zu annullieren, die nicht auf dem Wege der Arbeit erworben worden sind, selbst wenn diese die Summe von 5000 Rubeln nicht übersteigen.

Damit haben die Maximalisten in aller Form den Staatsbankrott erklärt. Am empfindlichsten werden dadurch England und besonders Frankreich betroffen. So werden die russischen Anleihen, die schon vor dem Kriege in Rußland untergebracht worden waren, auf über 20 Milliarden Franken geschätzt, eine Summe, die sich durch eine Reihe von Kriegskrediten, zu denen sich auch Frankreich wohl oder übel verstanden mußte, erheblich gesteigert hat.

Eine neue Rede Wilsons.

Für Fortsetzung des Krieges.

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Wilson, hat am Montag im Kongreß in Washington eine lange Rede über den Krieg gehalten, die als Antwort auf die letzten großen Reden des deutschen Reichskanzlers Grafen Hertling und des österreichisch-ungarischen Ministers Grafen Czernin gelten soll.

wenden werden, und daß die deutschen Militaristen das einzige Element bilden, das einem Weltfrieden im Wege steht. Wilson verglich die Reden von Hertling und Czernin und bezeichnete die Erklärungen Hertlings als unbestimmt und verwirrt. Dagegen sei die Rede Czernins bedeutend freundlicher im Ton gehalten. Czernin scheine das grundlegende Element des Friedens klar zu sehen, er versuche nicht, es zu verdunkeln. Wilson fügte hinzu: Czernin wäre wahrscheinlich noch viel weiter gegangen, wenn er sich durch die Abhängigkeit von Deutschland nicht behindert fühlte. Wilson erklärte zum Schlusse, daß mit einer Autokratie wie Deutschland (1) ein Friede nicht möglich sei. Unsere Hilfsquellen, so sagte Wilson, sind jetzt teilweise mobilisiert und wir werden nicht ruhen, bis dies nicht im ganzen geschehen ist. Unsere ganze Kraft wird in diesem Kriege der Befreiung von der Bedrohung und von der Vorherrschaft selbsttätiger Gruppen von autokratischen Herrschern eingesetzt werden. Wir sind in unserer Kraft der unabhängigen Tat unbezwinglich und können unter keinen Umständen zustimmen, in einer Welt, die von Ränken und Gewalt regiert wird, zu leben. Wir glauben, daß unser eigenes Verlangen nach einer neuen Weltordnung, in welcher Vernunft, Gerechtigkeit und das allgemeine Interesse der Menschheit regiert, das Verlangen der aufgeklärten Menschen überall ist. Ohne diese Weltordnung wird die Welt ohne Frieden bleiben, erträgliche Existenz- und Entwicklungsbedingungen werden fehlen. Nachdem wir einmal unsere Hand an die Durchführung dieser Aufgabe gelegt haben, werden wir nicht mehr umkehren. Kein Wort, das ich gesagt habe, ist als Drohung gemeint. Ich habe so gesprochen, nur damit die ganze Welt die wirkliche Stimmung Amerikas kennen lernen möge. Die Macht der Vereinigten Staaten ist für keine Nation und kein Volk eine Bedrohung, sie entspringt der Freiheit und steht im Dienste der Freiheit.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

Dresden, 11. Februar.

Die Zweite Kammer trat heute zu ihrer 26. öffentlichen Sitzung zusammen.

Auf der Tagesordnung stand zunächst die Schlussberatung über den mündlichen Bericht der Rechenschaftsdeputation über den Antrag des Abg. Andrae und Genossen betr.

Die Vergrößerung der Kartoffelanbaufläche.

Abg. Born (kons.)

Schlug namens der Deputation die Annahme des Antrages in nachstehender Form vor: Die Kammer wolle beschließen: I. Die Königl. Staatsregierung zu ersuchen, zum Zwecke einer zur Sicherung der menschlichen Ernährung notwendigen Vergrößerung der Kartoffelanbaufläche dafür besorgt zu sein, 1. daß A. ausreichendes gutes Saatgut zu angemessenen Preisen sichergestellt wird und daß seine Ablieferung, soweit es noch nicht geschehen ist, rechtzeitig an die Saatgut benötigten Erzeuger erfolgt, B. preiswerte und ausreichende Düngemittel, sowie C. tierische und menschliche Arbeitskräfte, insbesondere Betriebsleiter, zur Verfügung gestellt und D. die nötigen Betriebsmittel zur Inbetriebsetzung von Maschinen, wie Benzol usw. zur gegebenen Zeit bereitgestellt werden, 2. daß die zur Versorgung der Bevölkerung und des Heeres nicht notwendigen Kartoffeln nach der Ernte sobald als möglich den Erzeugern freigegeben werden; II. Die Erste Kammer zum Beitritt zu diesen Beschlüssen einzuladen.

Vizepräsident Freyhdorf (Soz.)

bemerkte, die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß wir rechtzeitig Vorkehrungen treffen müssen, um bezüglich der Ernährung nicht in Bedenken zu geraten. Von einer guten Kartoffelernte sei die menschliche Ernährung abhängig, deshalb sei es auch notwendig, die Anbaufläche zu vergrößern. Die sozialdemokratische Fraktion werde deshalb den Antrag unterstützen. Bei den Beurteilungen der Landwirte dürfe nur soweit gegangen werden, als dies für den Kartoffelanbau notwendig sei. Viele Angehörige der ärmeren Klassen hätten ihre Kartoffelvorräte aus Not aufgebraucht, deshalb müsse dafür gesorgt werden, daß den betr. Personen neben den Rüben auch noch Kartoffeln zugewiesen werden. Zum Schlusse sprach sich der Redner für eine mögliche Herabsetzung des Kartoffelpreises aus.

Abg. Nitzsche (natlib.)

betont, daß die Kartoffel das Rückgrat der Volksernährung sei. Seine Fraktion werde deshalb dem Antrage zustimmen. Bedenken seien allerdings noch bez. der Vorbedingungen für die Bestimmungsmöglichkeiten einer größeren Anbaufläche vorhanden. Bei der Verwendung des Saatgutes dürften die Interessen der Saatguterzeuger nicht denjenigen der Allgemeinheit vorangestellt werden. Seine politischen Freunde hätten die Überzeugung, daß eine gewisse Wirtschaftspflicht eingeführt werden müsse. Es frage sich, ob die Regierung das notwendige Saatgut beschaffen könne und ob die gebrauchten Arbeitskräfte und Betriebsmittel vorhanden seien. In der Deputation habe die Regierung die Meinung vertreten, daß jeder Zwang ausgeschlossen werden müsse. Die Hauptsache sei hier, daß der Zweck erreicht und daß genügende Kartoffelvorräte erzeugt würden. Ein großer Teil der Bevölkerung leide Not, weil ihm gewisse Nahrungsmittel nicht zugeführt werden konnten, die die Arbeiter in den Munitionsfabriken erhalten. Die Arbeiter seien also bei der Nahrungsmittelversorgung vielfach im Vorteil.

Abg. Söger (unabh. Soz.)

ist der Meinung, daß der Antrag im Grunde genommen nichts anderes sei als eine Prämienwirtschaft, durch die man den Kartoffelanbau fördern wolle. Das Saatgut müsse zu niedrigen Preisen beschafft werden, ebenso müßten die Kartoffeln selbst für die Verbraucher zu angemessenen Preisen, und zwar höchstens 8 bis 4 M. für den Zentner vorhanden sein. Das sei das Doppelte des Friedenspreises und immer noch ein anständiger Kriegsgewinn. Die Regierung sei überhaupt nicht imstande gewesen, die Lebensmittelversorgung zu regeln, und durch die Maßnahmen gegen den Schleichhandel

würden die Nahrungsmittel nur noch mehr verteuert. Auch die Arbeiter erhielten Nahrungsmittel zu wucherlichen Preisen. Nach weiterer kurzer Debatte wurde der Antrag der Deputation angenommen.

Kleine politische Meldungen.

Generalfeldmarschall v. Eichhorn, der ruhmreiche Führer der 10. Armee, die zum Teil aus Schlesiern zusammengesetzt, im Kriege mit Ruhland sich unvergängliche Lorbeeren erwarb, feiert heute Mittwoch seinen 70. Geburtstag. Im Osten hatte Eichhorn gleich an einer der ersten und zugleich einer der größten Waffentaten bedeutenden Anteil, nämlich an der Winternacht in Masuren. Ihm ist auch in der Hauptsache die Wundheilung dieses Erfolges zu danken: er zwang die Festung Kowno, durch deren Fall der ganze, fast für unerschütterlich gehaltene Festungsgürtel bloßgelegt wurde, er eroberte Wilna und ließ die Spitzen seiner Kavallerie bis an die Ufer der Beresina streifen. Über auch der friedlichen, dem Wiederaufbau der Kultur gewidmeten Tätigkeit des Generalfeldmarschalls muß gedacht werden. Er fand Zeit, sich mit den Angehörigen der Bevölkerung Litauens eingehend zu beschäftigen, und eins der Schönsten von den deutschen Behörden geschaffenen Kulturwerke in Litauen, die kunstverwöhlich und sozial bedeutsamen Wilnaer Arbeitsstudien, ist seiner persönlichen Anregung zu verdanken.

Hans Hermann Graf v. Schweinitz und Krain ist gestorben. Mit ihm ist ein erfolgreicher Kolonialpolitiker aus dem Leben geschieden. Nach sechsjähriger Offizierslaufbahn wählte er sich kolonialen Aufgaben, übernahm die Leitung der Antisklavereikommission traf 1881 in Tabora ein und rettete dort die deutsche Station vor Vernichtung durch die Australier. Er kämpfte mit den Eingeborenen gegen den Sultan Siki und wurde bei diesen Kämpfen durch einen Brustschuß schwer verwundet. Später lehrte er in die Heimat zurück. Seit 28 Jahren stand er an leitender Stelle der Kolonialgesellschaft. Während des Krieges begründete er die Deutsch-Bulgarische Gesellschaft, dessen erster Vorsitzender er wurde.

Eine neue tschechische Partei, die tschechische staatsrechtliche Demokratie, ist im österreichischen Parlament unter dem Vorherrsche des Abgeordneten Aramarsch gebildet worden.

Wahrgelung widerwärtiger Diplomaten. Der russische Botschafter in London geht von Petersburg die Nachricht zu, daß die Maximalisten das Vermögen und Eigentum einer Reihe von russischen Gesandten und Legationsbeamten bei den ausländischen Gesandtschaften beschlagnahmt haben. Es kommen alle russischen Gesandtschaften in Betracht, die sich befinden, die maximalistische Regierung anerkennen. Zu ihnen gehören die Botschafter bzw. Gesandtschaften in London, Paris, Haag, Washington, Rom, Madrid, Peking und Tokio. Allen diesen ist das Betreten russischen Bodens unter Androhung sofortiger Verhaftung verboten.

General Alexejew droht die Maximalisten. Die Wosker Nachrichten melden: General Alexejew verfügt nach einer Petersburger Depesche holländischer Blätter über 85000 Mann Streikkräfte, um gegen die Maximalisten zu ziehen. Rotterdam wurde unter dem Schutze der Kosaken Kolobins zu Zusammenkünften der Kosakenführer gewählt. Die Maximalisten marschieren gegen Rotterdam.

Die Vorgänge in Finnland. Nach den bei der finnischen Gesandtschaft in Stockholm eingetroffenen Telegrammen nimmt der Terrorismus der Roten Garde in Wiborg unbeschreibliche Formen an. Die meisten Privathäuser sind geplündert, die Lebensmittel gestohlen worden, so daß außer bei den Roten Garde große Hungersnot herrscht. Der Erbeiter von Uleaborg, Rittmeister von Ignajns, fragte bei der finnischen Gesandtschaft telegraphisch an, ob von Schweden Hilfe erwartet werden könne. Die russischen Soldaten plünderten, töteten, brennten und schloßen auf ihre Befehle mit Maschinengewehren.

Argentinische Kriegspropaganda. Die Neue Zürcher Zeitung meldet: Die Agencia Americana berichtet: Der argentinische Botschafter in Washington reist dieser Tage nach Buenos Aires, um seine Regierung von der Notwendigkeit des Eintritts in den Krieg an der Seite der Vereinigten Staaten zu überzeugen.

Von Stadt und Land.

Aue, 13. Februar.

Wachstum der Kolonialisten, die durch ein Steuerpostengesetz heimlich gemacht sind, ist auch bei Rückzug - nur mit genauer Quotenangabe gemindert.

Die wirtschaftliche Lage in Aue im Jahre 1917.

Ueber die Geschäftslage der Stadt Aue und ihrer näheren Umgegend im Jahre 1917 läßt sich im allgemeinen nur Gutes berichten. Zu Anfang des Jahres bis weit in den Sommer hinein drängten sich die Aufträge, sodas vielfach außerordentlich lange Lieferfristen verlangt werden mußten. Durch die großen Anforderungen, die an die Fabriken in Bezug auf Liefermengen gestellt wurden, war es natürlich, daß auch die Preise für alle Artikel weiter anjogen; vielfach wurden auch durch weitere Steigerungen der Rohmaterialienpreise Preisserhöhungen notwendig und herbeigeführt. So kam es, daß wohl nicht nur alle Fabriken, sondern auch mittlere und kleinere Betriebe, auch handwerkliche, gut verdienten. Wenn gegen Ende des Jahres die Aufträge in der Rüstungsindustrie etwas eingeschränkt wurden, so hatte das auf das Gesamtergebnis im Jahre 1917 noch keinen Einfluß, weil ohnehin reichlicher Auftragsbestand mit langen Lieferfristen vorlag. Die vorstehenden Ausführungen treffen sowohl auf die Maschinenfabriken und die Blechindustrie zu, wie auch auf die Metallfabriken und die mit diesen Industrien zusammenhängenden Schmelzwerkzeugfabriken, Schlossereien, Tischlereien usw. Aber auch die Wäschindustrie ist flott gegangen, natürlich bei vollkommener Umstellung der Betriebe auf Verarbeitung von Papierstoffen; doch lagen für diese Fabriken auch noch genügend Heeresaufträge vor, für die nach Baumwollstoffe zur Verfügung gestellt wurden. Die mechanischen Webereien, die infolge vollkommenen Fehlens der Baumwolle eigentlich zum Stillstand verurteilt gewesen wären, stellten sich auch hierorts (Firma S. Wolle) auf Papierverarbeitung um, trotz der damit verbundenen hohen Anlagekosten. Die hier genannte Firma gliederte ihrer Weberei auch eine Papiergarnspinnerei an, die sich gegen Ende des Jahres schon zu einem nennenswerten Umlaufe ausgebreitet hatte. Wenn sonach alle Betriebe in dem Bereiche, ihnen selbst wie möglich Beschäftigung zuzuführen, recht erfolgreich waren, so ging damit Hand in Hand die vollkommene Beschäftigung aller vorhandenen Arbeitskräfte. Ja, es trat sogar hierin im Laufe des Jahres ein Mangel ein. Dadurch wiederum und auch bedingt durch die steigende Erwerbslosigkeit der Preise aller Lebens- und sonstigen Bedarfsmittel nahm die Entlohnung der Arbeitskräfte eine immer weiter steigende Tendenz an, und es wurden gegen Ende des Jahres für Facharbeiter bis dahin ungewöhnlich hohe Löhne gezahlt. Daß diese gute Beschäftigungslage einen günstigen Niederschlag bei der Handelswelt finden mußte, ist selbstverständlich. Es machte sich während des ganzen Jahres in jeder Branche außerordentlich große Aufschwung geltend; die Schärferheit der Handelswelt be-